



Vladimir V. Kotenev  
1957, Russischer Diplomat.  
Geboren in Moskau. Absolvent der  
Fakultät für Internationale Beziehungen  
an der Moskauer Staatlichen Universität.  
Seit 1979 im Diplomatischen Dienst der  
UdSSR bzw. der Russischen Föderation.  
Verwendungen in der DDR, in Österreich  
und der Schweiz. 2004 Außerordentlicher  
und Bevollmächtigter Botschafter in der  
Bundesrepublik Deutschland.

S.E. Vladimir V. Kotenev

*Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der  
Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland*

### „Russland heute“

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich herzlich für die Gelegenheit bedanken, hier im Übersee-Club Gast zu sein, wo schon alle Bundeskanzler und Bundespräsidenten sowie Persönlichkeiten von Weltformat wie Oswald Spengler, John Keynes oder Gustav Stresemann ihre Gedanken vortragen durften. Mir ist auch bekannt, dass seit seiner Gründung 1922 der Club sich nicht nur durch namhafte Redner und erlesenen Zuhörerkreis, sondern auch durch die Auswahl von Themen hervorragen hat, die nach Ansicht der Veranstalter ein Spiegelbild des Zeitgeistes darstellen sollten.

Ich freue mich, dass im Mittelpunkt des heutigen Abends unser Land stehen wird, das ich seit Mai 2004 als Botschafter in Deutschland zu vertreten habe. Man spürt tagtäglich, dass das Interesse an Russland hierzulande zunimmt, was auch mit der immer engeren Partnerschaft zwischen unseren beiden Staaten und Völkern einhergeht. Zugleich merkt man bei der Berichterstattung, dass viele, die sich als „Russlandkenner“ profilieren möchten, in Wahrheit immer noch das Russland der 90er Jahre oder gar die alte Sowjetunion vor Augen haben, also Russland „von gestern“ bzw. „von vorgestern“. Darum ist gerade jetzt ein Gespräch über „Russland von heute“ hochaktuell.

Was ist das heutige Russland? Mit einem Satz: Es ist eine Nation, die im Wandel begriffen ist. Sie befindet sich inmitten eines dynamischen Prozesses, dessen Ursprünge in den späten 80er Jahren liegen. Damals hat die überwiegende Mehrheit der Bürger der Sowjetunion eine eindeutige Wahl zugunsten der Demokratie, der ideologischen Vielfalt und der Marktwirtschaft getroffen. Dies war, wohlgermerkt, souveräne Entscheidung des Volkes, die nicht von außen herbeigeführt, sondern aus eigener Willenskraft getroffen wurde. Das Freiheitsstreben war mitentscheidend für die Beendigung des Kalten Krieges, für den friedlichen Systemwechsel in Ost- und Mitteleuropa, was im Endeffekt auch die Wiedervereinigung Deutschlands im Einklang mit dessen Nachbarn ermöglichte.

In der jüngsten Geschichte war es des Öfteren so, dass Staaten für einen demokratischen Wandel mit einem Marshall-Plan, wie seinerzeit die Bundesrepublik, oder mit Anbindung an die europäischen und euroatlantischen Strukturen, wie die mittel- und osteuropäischen Länder, „belohnt“ wurden.

Russland war hingegen meistens auf sich allein gestellt und musste bald recht schmerzvolle Erfahrungen durchmachen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion flammten im Land selbst und in dessen unmittelbarer Nachbarschaft zahlreiche ethnische Konflikte auf. Millionen von Menschen wurden plötzlich dort, wo ihre Vorfahren seit Generationen lebten und nicht unwesentliche Aufbauleistungen erbrachten, zu unerwünschten Fremden, schlimmer noch – zu „Nichtbürgern“ erklärt. Dies hat eine beispiellose Flüchtlingswelle ausgelöst. Noch heute leben bei uns über 1 Million Menschen, die einen Flüchtlingsstatus haben.

Auch der Übergang zur Marktwirtschaft geschah nicht gerade so, wie die Bevölkerung es erhofft hat. Etliche staatliche Großbetriebe, die Millionen von Menschen beschäftigten, kamen zum Stillstand. Die Hyperinflation Anfang der 90er Jahre machte alle Ersparnisse zunichte und führte dazu, dass bei vielen die Löhne, Gehälter und Renten unter das Existenzminimum rutschten. Die Kluft zwischen Arm und Reich wurde immens. Zahlreiche Menschen, die anfangs dem neuen Zeitalter leidenschaftlich entgegensehnten, konnten sich unter den damaligen Bedingungen nicht zurechtfinden und resignierten.

All diesen Turbulenzen zum Trotz hat es Russland geschafft, den Kurs auf den Aufbau eines Vielvölkerstaates mit demokratischen Werten beizubehalten. Diese Werte wurden in der Verfassung von 1993 verankert. Zu diesen stehen wir auch heute. In seiner jüngsten Botschaft an die Föderale Versammlung der Russischen Föderation hat Präsident Wladimir Putin deutlich gemacht, welches Russland die Führung des Landes will, als er wiederholt für eine „freie Gemeinschaft freier Menschen“ plädierte.

Diese Gemeinschaft kann allerdings nicht über Nacht entstehen. Wir brauchen eine dauerhafte, wirkungsvolle Demokratie. Die darf auf keinen Fall zu einer Scheindemokratie verkommen. Denn dann laufen wir Gefahr, dass Bürger sich von der demokratischen Idee abwenden, ohne wirkliche Demokratie je erlebt zu haben. Damit dies nicht geschieht, müssen bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden.

Erstens ist eine Demokratie erst dann glaubwürdig, wenn jeder Bürger erkennt, dass sie auch Freiheit und Wohlstand bringt. Eine starke Mittelschicht muss entstehen, die in den Ländern des Westens der eigentliche Träger der demokratischen Werte ist. Kurzum, eine Demokratie muss wirtschaftlich untermauert werden.

Heute noch leben bis zu 25 Millionen Russen am Rande des Existenzminimums. Seit 5 Jahren geht es jedoch wirtschaftlich bergauf, so dass die allgemeinen Lebensstandards höher werden und die Segnungen der Marktwirtschaft immer mehr Menschen erreichen. „Russland wächst und wächst“ – so hat ein namhaftes deutsches Unternehmen vor kurzem seinen gut bekannten Werbespot betitelt. Noch vor einigen Jahren hätte man diese Aussage für einen schlechten Witz gehalten. Doch wir haben den Umschwung geschafft. Und zwar vorwiegend aus eigenen Kräften.

In den letzten Jahren wurden gerade im wirtschaftlichen Bereich tief greifende Reformen in Gang gesetzt: die Reform des Grund- und Bodenrechts, des Bankenwesens, die Novellierung des Rechts für Kapitalgesellschaften. Die Modernisierung der Steuergesetzgebung führte zu einer Vereinfachung des Steuersystems bei zeitgleicher Senkung der Steuerlast, vor allem für mittelständische Unternehmen. Zugleich stieg die Steuerdisziplin erheblich. Ein neuer Zollkodex wurde eingeführt, neues Devisenrecht verabschiedet. Die Transparenz der Buchführung und der Finanzinstitute wurde erhöht.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Seit 1999 wächst das Bruttoinlandsprodukt beständig. 2004 betrug dieses Wachstum 7,1%. Die Industrieproduktion stieg um 6,5% an. Die Investitionen ins Grundkapital nahmen im Durchschnitt um 11%, die Realeinkommen der Bevölkerung um 8% zu. Wieder einmal wurde zum Jahresende ein Haushaltsüberschuss von 3,9% des Bruttoinlandsprodukts erzielt. Ähnliches wird auch in diesem Jahr erwartet. Die Währungs- und Goldreserven unseres Landes haben längst eine Marke von 100 Milliarden US-Dollar überschritten. Russland zahlt planmäßig seine Auslandsschulden zurück und ist, wie Sie sicherlich wissen, bereit, sie vorfristig zu tilgen. Anfang des Jahres haben gleich drei internationale Ratingagenturen die Bonitätswertung Russlands auf „Investmentgrade“ angehoben.

Manche sagen, die Besserung der wirtschaftlichen Lage sei vorwiegend den hohen Rohstoffpreisen zu verdanken. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Mehrere Branchen der verarbeitenden Gewerbe können heute höheres Wachstum verzeichnen als der Rohstoffsektor. Besonders Maschinenbau und Metallverarbeitung sowie der IT-Sektor können mit zweistelligen Zuwachsraten brillieren. Auch die erfolgreiche Teilnahme von 150 russischen Hightech-Unternehmen an der Hannover Messe 2005 zeugt davon, dass Russland bei weitem nicht nur Öl und Gas zu bieten hat.

Das Potential des russischen Marktes haben bereits zahlreiche deutsche Unternehmen erkannt. Heute sind in Russland insgesamt über 3500 deutsche Firmen aktiv. Nicht nur große Unternehmen, auch Mittelständler haben den russischen Markt zunehmend im Visier, was durch die Eröffnung des deutschen Mittelstandshauses in Moskau im März bestätigt wurde.

Wir wollen aber nicht nur als Markt, sondern auch als zukunfts-trächtiger Investitionsstandort begriffen werden. Hier haben wir jedoch das Gefühl, von unseren deutschen Partnern noch unterbewertet zu sein. Bei Direktinvestitionen in Russland belegt die Bundesrepublik lediglich Platz 4. Auch in absoluten Zahlen sind Direktinvestitionen von 2,25 Milliarden Dollar für die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt viel zu wenig.

Hier erwarten wir ebenfalls eine Besserung. An dieser Stelle erlaube ich mir, aus dem Jahresbericht des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation zu zitieren: „Die Hoffnungen, die die deutsche Wirtschaft auf Präsident Putin gesetzt hat, sind eingelöst worden. Sechs Jahre dynamisches Wirtschaftswachstum in Folge und ein konsequenter Reformkurs haben Russland zu einem der attraktivsten Standorte für ausländische Unternehmen weltweit gemacht. Die in Russland erfahrene deutsche Wirtschaft hat erkannt, dass die Zukunft jetzt begonnen hat und keine Zeit mehr zu verlieren ist, sich langfristig und erfolgreich zu positionieren.“ Ich darf hoffen, dass dies bei immer mehr Unternehmen Gehör findet.

Eine Demokratie ist auch nicht von der Rechtsstaatlichkeit zu trennen. Jeder Bürger darf erwarten, dass seine Rechte überall im Lande gleichermaßen geschützt und garantiert werden. In einem multikonfessionellen Vielvölkerstaat ist es eine besondere Herausforderung. Nach der jüngsten Volkszählung leben bei uns über 160 unterschiedliche Ethnien, jede mit ihrer eigenen Kultur und Traditionen. 4 der 6 Weltreligionen werden in Russland praktiziert. Unser Land ist eine Föderation, die aus 89 Subjekten besteht. Viele davon sind ebenfalls multiethnisch, wobei die „Titularnation“ nicht immer die Bevölkerungsmehrheit bildet.

Bei dieser Vielfalt ist es umso wichtiger, einen einheitlichen Rechtsraum zu gewährleisten, damit jeder Bürger demokratische Rechte genießen kann, die ihm gemäß der Verfassung zustehen. Dies hat sich in der Vergangenheit oft als recht problematisch erwiesen. Nach einer sog. Souveränitätenparade in den neunziger Jahren sind in manchen Subjekten der Föderation Personen an die Macht gekommen, die sich nur als Vertreter einer ethnischen Gruppe oder gar einer Sippe verstanden und nach Gutsherrenmanier regierten. Die Mitglieder der Sippe wurden bevorzugt, alle anderen in ihren Rechten beeinträchtigt. Korruption und Vetternwirtschaft, zwischenethnische Konflikte waren die Folgen.

Alldem musste Einhalt geboten werden. Der erste Schritt in diese Richtung war die Schaffung von 7 Föderalen Bezirken, wo ein Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten vor allem für die Einhaltung der Verfassung sorgen sollte. Auch die Änderungen im System der Gouverneurswahlen in den Subjekten der Föderation dienen diesem Zweck. Die

Kandidatur wird vom Präsidenten vorgeschlagen und dann durch geheime Abstimmung im Regionalparlament bestätigt bzw. abgelehnt. Somit können Personen an die Macht gelangen, die im Interesse aller und nicht eines Klans handeln. Ein solches Verfahren wird übrigens auch in anderen Ländern angewandt. Zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, wo auf diese Weise die Wahlmänner ernannt werden. Gleichzeitig erhält in Russland die lokale und kommunale Verwaltung mehr Vollmachten, damit die Bürger am Entscheidungsprozess mehr beteiligt werden.

Zur Rechtsstaatlichkeit gehört auch ein entsprechendes Gerichtswesen. In diesem Bereich ist gerade eine tief greifende Reform im Gange, die die Gerichte in Russland selbstständig und gegenüber dem Einfluss verschiedener Interessengruppen nahezu immun machen soll. Das Institut der Geschworenen ist wiedereingeführt worden. Bis zum Jahr 2009 sollen die Geschworenengerichte flächendeckend eingesetzt werden.

Die ersten Ergebnisse kann man bereits heute sehen. Zum Beispiel berichten jetzt ausländische Unternehmer aus Russland, darunter auch deutsche, dass in vielen Fällen schnell und unbürokratisch Recht gesprochen wird, oft auch zugunsten der ausländischen Firma, was übrigens nicht in jedem Land anzutreffen ist.

Wenn wir mal beim Thema Rechtsprechung sind, taucht zwangsläufig der Name Michail Chodorkowski auf. Schon bei seiner Verhaftung war im Westen das Urteil fertig: Der ehemalige „Yukos“-Chef sei ein politischer Gefangener, der gesamte Prozess sei „vom Kreml“ dirigiert worden und stelle eine Abkehr von der Rechtsstaatlichkeit dar. Diese Thesen wurden mehrfach im Rahmen einer flächendeckenden und finanziell sehr gut unterfütterten Medienkampagne wiederholt, die von „Yukos“-Gesellschaftern gestartet wurde und noch heute läuft.

Es ist allerdings allgemein bekannt, dass Chodorkowski wegen Betrugs, Steuerhinterziehung und grober Missachtung der Gerichtsbeschlüsse angeklagt wurde. Mit seinen vermeintlichen politischen Aktivitäten hat das nichts zu tun. Ähnliche Prozesse hat es auch im Westen gegeben, die dort als Normalität angesehen wurden. Denn es gilt: Wer im Verdacht steht, etwas verbrochen zu haben, muss sich dafür verantworten, unabhängig von seiner wirtschaftlichen Stellung. Erinnern wir uns an „Enron“ in den USA, „Parmalat“ in Italien oder „Elf“ in Frankreich. Auch hierzulande sind derartige Prozesse keine Seltenheit. Es reicht allein, Alexander Falk, die Haffa-Brüder oder Holger Pfahls zu erwähnen, von einigen Spendenaffären ganz zu schweigen.

Chodorkowski wurden alle Rechte zugestanden, die er als Angeklagter beanspruchen kann. Seine Interessen wurden von den besten Anwälten vertreten. Auch jetzt hat er die Möglichkeit, die Entscheidung des Gerichts anzufechten, wovon er auch Gebrauch macht. Dabei hat die Exekutive in Russland bis zum Prozessende jegliche Äußerung bezüglich der Schuld des Angeklagten unterlassen. Viele westliche Beobachter haben hingegen ihre Meinung vorgefasst und der Öffentlichkeit aufgedrungen. Sie haben Chodorkowski zum Märtyrer erklärt, ohne sich in den Gegenstand der Anklage zu vertiefen.

Manche sagen, die sog. „Yukos-Affäre“ habe eine Kapitalflucht aus Russland verursacht. Mag sein. Doch unsere Angaben bestätigen es nicht. Zwar ist die Kapitalausfuhr 2004 im Vergleich zum Vorjahr tatsächlich ums Dreifache gestiegen. Doch dies hat vielmehr mit der zunehmenden Investitionstätigkeit russischer Unternehmen im Ausland, Geldüberweisungen von Gastarbeitern in andere GUS-Länder sowie mit der Reiselust der Russen zu tun. Zugleich ist das Volumen ausländischer Direktinvestitionen von 6 Milliarden US-Dollar 2003 auf 9 Milliarden 2004 gestiegen.

Eine Demokratie muss auch wehrhaft bleiben. Jeder Bürger darf erwarten, dass der Staat seine persönliche Sicherheit garantiert. In den letzten Jahren wird diese in Russland bedauerlicherweise immer wieder durch terroristische Aktivitäten in Frage gestellt. Gerade vor zwei Tagen wurde wieder auf einen Zug ein Sprengstoffanschlag verübt.

Hier kann man nicht umhin, das Thema Tschetschenien anzusprechen. Schon Anfang der neunziger Jahre hat sich dort ein verbrecherisches Regime unter Dudajew etabliert, das sich illegal bewaffnete, von Drogen- und Menschenhandel existierte und die Regierung in Moskau durch Androhung von Terroranschlägen erpresste. Als Moskau 1994 darauf reagierte, kam es zu opferreichen Kampfhandlungen. Dies möchte ich besonders betonen: Nicht die Terroranschläge waren die Reaktion auf den „russischen Einmarsch“, sondern Russland war gezwungen, auf eine direkte Bedrohung seiner Sicherheit und Integrität zu reagieren. Zwischen 1996 und 1999 genossen die Separatisten eine faktische Autonomie, die sie zur Einführung von Scharia-Gerichten und öffentlichen Hinrichtungen nutzen. Nach dem Überfall der Terror-Kommandos auf das benachbarte Daghestan sah Russland sich erneut gezwungen, zu handeln.

Dabei haben wir mit dem internationalen Terrorismus zu tun, dessen eigentliches Angriffsziel nicht Russland allein, sondern die moderne Gesellschaft mit ihren Werten ist. Nach unseren Angaben, die auch durch Informationen der Geheimdienste anderer Länder bestätigt werden, sind dort Söldner aus 50 verschiedenen Nationen präsent. Für viele ist der Kaukasus eine „Vorstufe“ vor ihrem Einsatz im Irak oder in Afghanistan. Diejenigen, die den separatistischen „Feldkommandeuren“ Befehle erteilen und sie mit Geld und Waffen versorgen, haben auch die Anschläge in New York und Madrid auf ihrem Gewissen. Diese Unmenschen standen auch hinter dem Terrorakt im südrussischen Beslan im vergangenen Jahr, bei dem 330 Menschen, darunter 178 Kinder, kaltblütig getötet wurden.

Wir sind uns bewusst, dass der Terrorismus allein mit militärischen Mitteln nicht zu bezwingen ist. Um das Milieu auszutrocknen, aus dem Terroristen ihre Helfershelfer rekrutieren, muss allen Menschen in der Region klargemacht werden, dass eine friedliche Zukunft ihnen mehr Chancen für die eigene Entwicklung bringt. Deswegen sind für uns der Wiederaufbau der Wirtschaft und des sozialen Systems der Tschetschenischen Republik von zentraler Bedeutung. Tausende von Industrieanlagen, Wohnblocks, Krankenhäusern wurden inzwischen gebaut. Zahlreiche Schulen sind wieder eröffnet. Die republikanische Verfassung wurde angenommen und wird angewandt. Bereits zweimal fanden Präsidentschaftswahlen statt. Funktionsfähige Organe der Legislative, Exekutive und Judikative haben sich etabliert.

Diese stabilisierenden Maßnahmen werden von der absoluten Mehrheit der Tschetschenen eindeutig unterstützt. Davon zeugt auch die hohe Wahlbeteiligung während der Präsidentschaftswahlen am 29. August des vorigen Jahres.

Meine Damen und Herren, das heutige Russland versteht sich auch als aktives Mitglied der internationalen Gemeinschaft, das mit seinen Nachbarn im gegenseitigen Respekt und Einvernehmen leben und seine Ziele und Interessen nicht alleine, sondern im Zusammenspiel mit seinen Partnern erreichen will. Wir werden alles tun, damit die Außenpolitik Russlands verständlich und kalkulierbar bleibt. Wir haben eine klare Wahl zugunsten der Integration unseres Landes in das Weltwirtschaftssystem getroffen. Russland ist politisch und wirtschaftlich auf allen Kontinenten präsent. Aber unsere Prioritäten sehen wir in den Beziehungen mit den GUS-Staaten und Europa.

Gerade zum Thema GUS müssen hier Missverständnisse ausgeräumt werden. In der letzten Zeit bekommt man viel von angeblichen imperialen Ansprüchen Russlands zu hören, vom Wunsch, die alte Sowjetunion wiederherzustellen.

Russland, das in diesem Jahr in der GUS den Vorsitz hat, versucht nichts anderes, als einen normalen Integrationsprozess voranzubringen, wie es auch in anderen Regionen der Welt geschieht. Es geht darum, die real bestehenden Möglichkeiten an Kooperation auszuloten und zum gegenseitigen Nutzen einzusetzen. Diesem Zweck dienen der Vertrag über kollektive Sicherheit, die Euro-Asiatische Wirtschaftsgemeinschaft, der Einheitliche Wirtschaftsraum. Dabei muss man die engen wirtschaftlichen Beziehungen und in manchen Bereichen sogar gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit berücksichtigen, die im Laufe von Jahrzehnten entstand, sowie persönlichen und oft auch familiären Bindungen Rechnung tragen, die zwischen Menschen in Russland und in den GUS-Staaten existieren. Man muss auch an die Millionen Russen denken, die nach der Auflösung der Sowjetunion plötzlich vielerorts zur nationalen Minderheit geworden sind.

Bereits in der Zeit der Wende hat sich Russland dafür entschieden, seine Zukunft mit Europa und in Europa zu gestalten. Mit dem Konzept eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ war es den entsprechenden Ideen in den westeuropäischen Hauptstädten sogar zuvorgekommen. Europa ohne Trennlinien, dessen Bestandteil das vereinte Deutschland wurde, entstand nicht etwa gegen den Widerstand, sondern unter aktiver Mitwirkung meines Landes.

Dazu stehen wir auch heute. Wir streben zwar keine EU-Mitgliedschaft an. Durch eine umfassende Kooperation im Rahmen des sog. Konzepts der vier gemeinsamen Räume, wo alle wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit zusammengefasst sind, könnten Russland und die EU jedoch einander ergänzen. Außerdem besteht, trotz aller abschätzender Behauptungen, eine wertpolitische Kompatibilität zwischen Russland und Europa.

Heutzutage wird das System der internationalen Beziehungen an sich flexibler, die Beziehungen zwischen den Staaten demokratischer. Das gibt mehr Spielraum für außenpolitische Handlungen, ermöglicht eine zügigere Reaktion auf die Ereignisse in der sich immer rasanter verändernden Welt. Doch auch heute werden Konstanten gebraucht, die die Stabilität des komplizierten Geflechts der internationalen Beziehungen garantieren.

Eine dieser Konstanten ist für das heutige Russland die strategische Partnerschaft mit Deutschland. Wir wissen die Bundesrepublik als Land zu schätzen, das als gewichtiges EU-Mitglied besonderes Verständnis für die Belange Russlands hat. Einst als „Motor Europas“ bezeichnet, kann die Bundesrepublik heute als Vehikel der Russland-EU-Kooperation gelten. Für uns ist Deutschland zugleich auch ein angehender Global Player, der seine Verantwortung fürs Weltgeschehen immer selbstbewusster wahrnimmt.

Deutschland ist nicht nur unser wichtigster Wirtschaftspartner weltweit. Mittlerweile vertreten unsere Länder ähnliche oder gar gleiche Positionen auch zu den wichtigsten Fragen der Weltpolitik. Moskau und Berlin schmieden dabei keine Achsen, betreiben keine Verschwörungen. Die beiden größten europäischen Staaten nehmen nur ihre Verantwortung im globalen Maßstab wahr, die logischerweise enge Abstimmung erfordert. Die Multilateralität, der Vorrang des Völkerrechts und die zentrale Rolle der UNO in der Weltpolitik sind zu den Leitansätzen des außenpolitischen Handelns unserer beiden Länder geworden.

Im letzten Jahrzehnt ist es Russland und Deutschland gelungen, fast alle, auch recht schwierige Probleme zu lösen, die aus der Vergangenheit herrührten. Beide Länder waren stets bemüht, übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft nachzugehen. Der politische Dialog hat eine bisher nie da gewesene Intensität erreicht. Das bekannte persönliche Verhältnis zwischen dem russischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler spielt dabei sicherlich eine wichtige Rolle. Es liegt aber in der Tradition: Erinnern wir uns an ähnliche persönliche Verbindungen zwischen Helmut Kohl und Boris Jelzin oder Michail Gorbatschow. Entscheidend ist vor allem der Konsens in den politischen Eliten und Gesellschaftskreisen unserer beiden Länder in Bezug darauf, dass es keine Alternative zur Vertiefung der russisch-deutschen Partnerschaft gibt.

Das Potential der bilateralen Beziehungen ist dabei bei weitem nicht ausgeschöpft. Ich glaube, darüber herrscht auch Konsens in unseren beiden Ländern. Um es in vollem Maße zu entfalten, braucht man auf beiden Seiten vor allem eins: Man muss bestrebt sein, das Partnerland zu verstehen, so wie es heute ist. Ich darf hoffen, dass wir am heutigen Abend diesem Ziel ein wenig näher kommen werden.

Ich danke Ihnen. ■